

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Beseitigung des Ungleichgewichts im Kampf gegen politischen Extremismus**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Kampf gegen jede Art von Extremismus, den tatsächlichen Verhältnissen des Bedrohungs- und Gefahrenpotentials entsprechend, zu führen.

Das bisherige Engagement wird der Bedrohungs- und Gefahrenlage des linksextremistischen Milieus in der Hauptstadt nicht gerecht. Auch der Linksextremismus bildet für die freiheitlich demokratische Grundordnung ein Bedrohungs- und Gefahrenpotential, welches mit entsprechenden Haushaltsmitteln bekämpft werden muss. Hier besteht deutlicher Nachholbedarf gegenüber den Bemühungen im Kampf gegen rechten und religiös motivierten Extremismus.

#### ***Begründung***

Im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 sind Mittel in Höhe von 14,3 Mio. Euro für 2020 und rund 15 Mio. Euro für 2021 vorgesehen, um u.a. die „Akzeptanz von LSBTI-Personen“ und Projekte der „merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit“ zu fördern.<sup>1</sup>

Politische und religiös motivierte Kriminalität haben in unserer Hauptstadt keinen Platz. Daher sind staatliche Instrumente zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsbereiche durchaus gerechtfertigt.

---

<sup>1</sup> Kapitel 0601 - Titel 68406 - Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen, im: Haushaltsplan von Berlin 2020\_2021, Band 6 - Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, S.36 und 40, <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/downloads/haushaltsplan-2020-21/artikel.890524.php>

Während jedoch Landesprogramme gegen „Rechtsextremismus“ und zumindest die „Prävention gegen Islamismus“ explizit genannt werden, fehlt jede Erwähnung eines Kampfes oder einer Prävention gegen „Linksextremismus“.<sup>2</sup>

Doch gerade beim Linksextremismus sehen wir eine Explosion physischer und verbaler Gewalt gegen Andersdenkende. Viele sogenannte linke Gruppen bekennen sich, in von Tausenden besuchten Demonstrationen, im Internet und anderweitigen Aktionen zu ihrem Hass auf andersdenkende Menschen (z.B. „Ganz Berlin hasst die AfD“ als Demoslogan).<sup>3</sup>

Im Internet wird offen zum Kampf „mit militanten Mitteln“<sup>4</sup> gegen Mitglieder und Veranstaltungen von politischen Gegnern, vor allem der AfD, aufgerufen. Dazu werden Privatadressen von Politikern veröffentlicht und „Anleitungen“ für potenziell lebensbedrohliche „Aktionsformen“ bereitgestellt. So gibt es Anleitungen zum: „Farbangriff mit Spraydose, mit Wurfgeschossen“, „Glasbruch mit Steinen und dem Hammer“, „Straßenblockaden“, „Nagelbretter“ und für „Brennende Autos“.<sup>5</sup>

Solche und ähnliche linksextremistische Umtriebe stehen dahinter, wenn man im „Halbjahresbericht zu politisch-motivierter Kriminalität 2019“ lesen kann, dass allein der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 110 polizeilich bekannte Fälle von Gewaltdelikten aus der linksextremistischen Szene zu verzeichnen hatte, gegenüber 98 im Vorjahr.<sup>6</sup> Für ganz Berlin war eine Steigerungsrate von 11 % zum Vorjahreshalbjahr zu verzeichnen.

Der Menge an Vorfällen und dem Zuwachs ist auch bei den Förderrichtlinien des Landes Berlin Rechnung zu tragen, denn der Kampf gegen politischen Extremismus muss das gesamte Spektrum abdecken, um Bürger und Bedienstete des Landes vor Gewalt, Sachbeschädigung und Diffamierung zu schützen. So wie es auch etwa das Gemeinsame Ministerialblatt des Bundesministeriums des Innern für Bau und Heimat vorsieht.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beschreibt in seiner Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!):

„Im Handlungsfeld Extremismusprävention werden die zentralen Formen ideologischer Radikalisierung bearbeitet: Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus und linker Extremismus.“<sup>7</sup>

Die Einsetzung und Vergabe von Haushaltsmitteln spiegelt jedoch nicht die Realität und das Bedrohungs- und Gefahrenpotential des Linksextremismus wider. Bislang fehlt es in Berlin an einer konkreten Anlaufstelle zur Bekämpfung des linken Extremismus. Dies ist, gepaart mit dem chronischen Personalmangel von Polizei und Rettungskräften, eine für die Hauptstadt unzumutbare Situation.

---

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> [https://www.wz.de/panorama/gegendemo-ganz-berlin-hasst-die-afd\\_aid-25506545](https://www.wz.de/panorama/gegendemo-ganz-berlin-hasst-die-afd_aid-25506545)

<sup>4</sup> <https://augzburgfuerkrawalltouristen.noblogs.org/fragen-und-antworten-fur-besorgte-buergerinnen/>

<sup>5</sup> <https://augzburgfuerkrawalltouristen.noblogs.org/anleitungen/>

<sup>6</sup> Halbjahresstatistik PMK 2019, S.15.

<sup>7</sup> GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT, GMBL 2019, Nr.40, I.Förderziel und Zuwendungszweck, S.801; [https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Leitlinien\\_Zweite\\_Foerderperiode/Foerderrichtlinie\\_Demokratie\\_leben\\_Projekte\\_Demokratieforderung\\_Vielfaltgestaltung\\_Extremismuspraevention\\_GMBL\\_barrierefrei.pdf](https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Leitlinien_Zweite_Foerderperiode/Foerderrichtlinie_Demokratie_leben_Projekte_Demokratieforderung_Vielfaltgestaltung_Extremismuspraevention_GMBL_barrierefrei.pdf)

Die Auswahl der zu fördernden Organisationen muss frei von politischen Interessen geschehen und die wirkliche und aktuelle Situation in unserem Land widerspiegeln. Wie kann der Senat sich anmaßen, dass ein Opfer aus einem Kriminalitätsbereich politisch-motivierte Kriminalität (Rechtsextremismus) schützenswerter ist als ein Opfer aus dem gleichen Kriminalitätsbereich, aber aus dem Täterkreis des Linksextremismus? Jeder Mensch genießt die gleichen grundrechtlich verbürgten Rechte und ist gleich schützenswert. Daher kann die Konsequenz nur sein, alle Bereiche des Extremismus, gemessen an ihrem jeweiligen tatsächlichen Bedrohungs- und Gefahrenpotential, zu bekämpfen und nicht immer wieder verschiedenes Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Denn Straftat bleibt Straftat!

Berlin, den 19. November 2020

Pazderski Hansel Weiß Woldeit  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion